

az-Serie


 unter Beobachtung

## Glanz & Gloria

### Die ach so heile Promiwelt



Nicole Berchtold moderierte am Dienstag «Glanz & Gloria» SRF

«Typisch schweizerisch» war das Motto der gestrigen Ausgabe des People-Magazins «Glanz & Gloria». Und typisch schweizerisch auch das Sendeformat: brav, nett und völlig korrekt. Pünktlich gehts um 18.40 Uhr los. Die blonde Moderatorin Nicole Berchtold strahlt mit Zahnpastalächeln und funkelnden Augen in die Kameras und begrüsst das Fernsehpublikum im sympathischen Berndeutsch.

Drei Beiträge gibt es pro Sendung, die effiziente 15 Minuten dauert und durchschnittlich 270 000 Personen vor die Bildschirme lockt. Das Rezept von gestern: eine Prise Auslandsschweizer mit Carlos Leal, einen Schuss Homestory mit knackigem Basler Männer-Model und zu guter Letzt noch das Sahnehäubchen mit Schlagerstar Marianne Cathomen im sexy Kleidchen bei ihrer CD-Taufe.

Das ist alles unterhaltend, kurzweilig und nett gemacht. Aber mehr nicht. Im Beschriftung zur Sendung steht, dass man «das Informationsangebot des Schweizer Fernsehens optimal zu ergänzen versucht» – doch wirklich Informatives gibt es kaum zu erfahren. Oder reicht es, zu wissen, welcher SF-Kollege gerade Vater geworden ist und weshalb Marianne Cathomen eine Auszeit gutgetan hat?

Das grösste Problem von «Glanz & Gloria» ist aber die fehlende kritische Distanz zu den Prominenten. Da wird geduzt, was das Zeug hält, oder Frau Cathomen mit Superlativen in den Schlagerhimmel gelobt. Kein kritisches Wort von Reportern oder Moderatorin – kaum ein Fünkchen Ironie.

Das ist schade, denn der eine oder andere freche Spruch könnte dieser – vom Handwerk her seriös gemachten – Sendung den nötigen Pfiff verleihen. Und vielleicht auch die Zuschauerzahlen, die in den letzten Jahren leicht rückläufig waren, wieder ein wenig ankurbeln. Doch wahrscheinlich ist die Angst zu gross, es sich mit den wenigen Schweizer Prominenten zu verschmerzen – und man spielt weiter heile Promiwelt. Typisch schweizerisch halt. (JEP)

ausserdem zum Thema

Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) hat eine neue Leitung – und steht nun unter Beobachtung. Die az beurteilt deshalb jeden Tag eine Sendung. Diskutieren auch Sie mit: Wie gefällt Ihnen das Angebot?

# «Irgendwann wird Kippa infrage gestellt»

**Herbert Winter** Der Präsident des Israelitischen Gemeindebundes sorgt sich um die Toleranz

VON FABIAN MUSTER

**Herr Winter, heute debattiert der Ständerat über ein nationales Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum («Burkaverbot»), eine Ständesinitiative des Kantons Aargau. Was halten Sie davon?**

**Herbert Winter:** Ich bin gegen ein Burkaverbot, obschon auch ich gerne den Menschen ins Gesicht schaue. Wir leben hierzulande aber in einem liberalen Rechtsstaat, und jeder sollte tragen können, was er möchte. Allerdings soll das Gesicht, wo zum Beispiel von den Behörden verlangt, gezeigt werden. Es ist leider nicht auszuschliessen, dass irgendwann im Zuge dieser Diskussion über religiöse Kleidungsregeln auch das Tragen der jüdischen Kopfbedeckung Kippa infrage gestellt wird. Die Tendenz, dass die Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten abgenommen hat, bereitet mir grosse Sorgen.

**Wissen Sie von Kreisen, in denen ein Kippa-Verbot erwogen wird?**

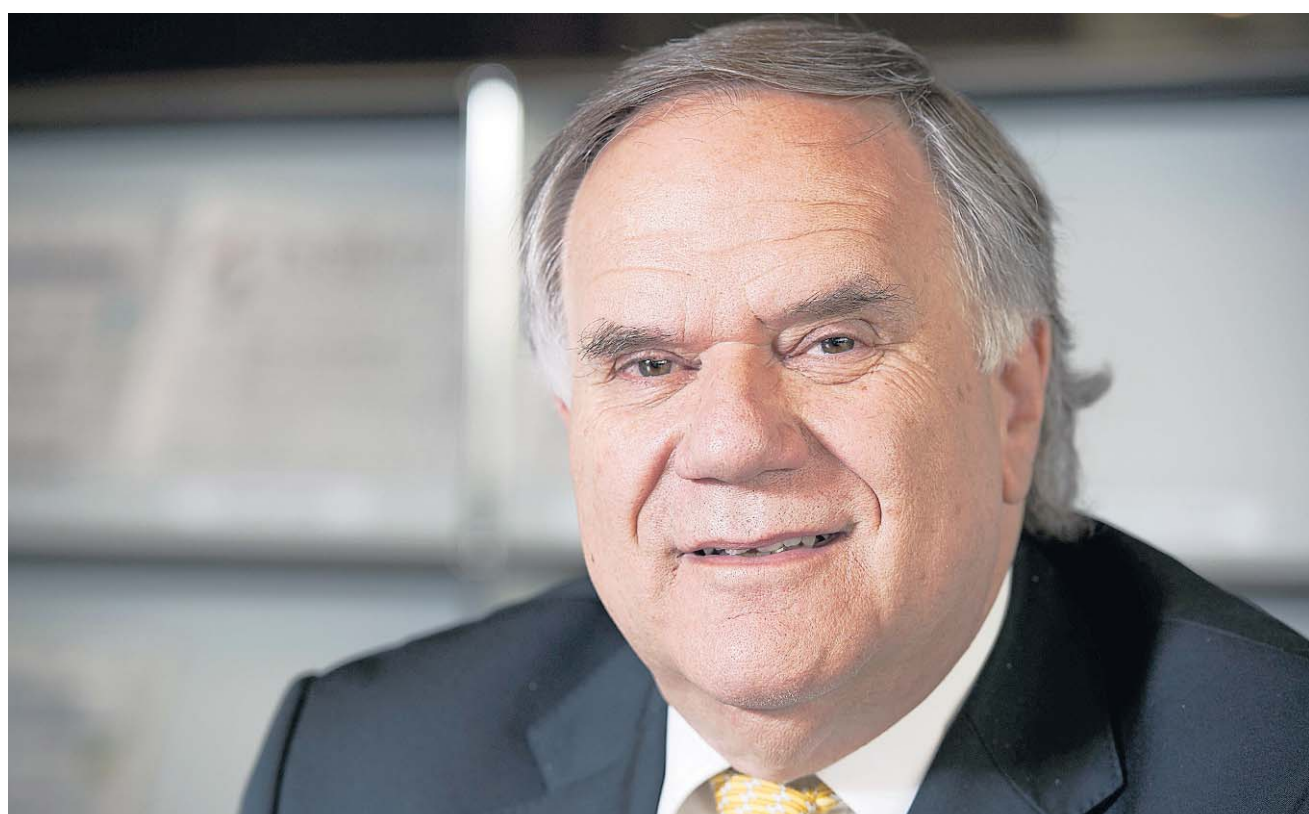
Nein, bisher nicht. Wir Juden hörten aber nach der Annahme der Minarett-

**«Für die Schülerinnen sehe ich kein Grund für ein Kopftuchverbot.»**

initiative problematische Äusserungen von Politikern. Ich erwähne als Beispiele die Forderung, separate Friedhöfe für religiöse Minderheiten zu verbieten, das Thema Schulabsenzen oder Knabenbeschneidungen.

**Ist dies eine direkte Folge der Minarettinitiative?**

Ich sehe dies als allgemeine Stimmung, ausgelöst durch ein Bewusstsein, das vermeintlich typisch



Herbert Winter spricht sich gegen das Burkaverbot aus.

ALEX SPICHALE

Schweizerische zu betonen und Abweichungen davon nicht zu akzeptieren.

**Verheiratete jüdische Frauen dürfen ihre Haare in der Öffentlichkeit ebenfalls nicht zeigen. Sie verdecken ihre Haare mit einem Kopftuch oder tragen eine Perücke. Wie stehen Sie dazu?**

Nur ein kleiner Teil der Jüdinnen in der Schweiz hält diese Vorschrift ein. Aber dies ist keine Verschleierung. Das Gesicht ist sichtbar; daher ist es nie ein Problem.

**Und an staatlichen Institutionen?**

Ich habe Verständnis für das Kopf-

tuchverbot für Lehrerinnen an staatlichen Schulen. Das Bundesgericht hat in einem Entscheid betont, dass aus Gründen der konfessionellen Neutralität das Kopftuch bei Lehrerinnen nicht zulässig sei. Für die Schülerinnen sehe ich jedoch keinen Grund für ein solches Verbot.

**Tauschen Sie sich mit den anderen religiösen Minderheiten wie Muslimen über Themen wie Schuldensparmassnahmen aus?**

Im Rat der Religionen, in welchem Christen, Juden und Muslime Einsitz haben und ich Vorsitzender bin, sind allgemein religiöse Symbole in der Öffentlichkeit Diskussionsthema.

Punkto Schuldensparmassnahmen haben jüdische Schüler in der Regel keine Schwierigkeiten, an jüdischen Feiertagen freizunehmen. In Einzelfällen können jedoch Probleme auftreten.

**Die Muslime werden dadurch allerdings ungleich behandelt, weil ihnen dieses Anliegen zum Teil verwehrt wird.**

Wenn solche Anliegen verwehrt werden, dann offenbar mit der Begründung, dass Schuldensparmassnahmen der Integration nicht förderlich sind. Bei der jüdischen Gemeinschaft, welche seit langem ein integraler Teil der Bevölkerung ist, stellt sich die Frage nach der Integration nicht.

## Dänischer Unterhändler stützt Merz' Version

**Bankgeheimnis** Alt Bundesrat Merz wird vorgeworfen, bewusst auf eine Risikostrategie gesetzt zu haben. Jetzt widerspricht Dänemark dieser Darstellung.

VON CHRISTOF FORSTER

Es waren ausgerechnet die Dänen, die den Fehler bemerkten. Mit ihrem Bericht an die OECD haben sie die Schweiz unter Druck gesetzt und damit heftige Nervosität ausgelöst. Jetzt kommt – wieder von den Dänen – Entwarnung, zumindest in einem Punkt: Die Schweiz habe nicht gepokert. Dafür habe er keinen Hinweis, sagt Ivar Nordland vom dänischen Steuerministerium. Nordland hat mit der Schweiz das neue Doppelbesteuerungsabkommen ausgehandelt. Dies enthält die OECD-Standards zur Amtshilfe, also die Lockerung des Bankgeheimnisses.



Alt Finanzminister Merz. KEY

Dänemark hat in den vergangenen Monaten zusammen mit Argentinien in einem ordentlichen Länderexamen geprüft, wie die Schweiz die OECD-Standards umsetzt. Diese regeln, in welchen Fällen die Schweiz Informationen von mutmasslichen Steuerbetrüggern an ausländische Behörden aushändigen muss. Die dänischen Assessoren haben dabei herausgefunden, dass die Schweiz die Vorgaben zu restriktiv umsetzt. Da-

für könnte der Bundesrat teuer bezahlen. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf fürchtet, die Schweiz könnte auf eine graue oder schwarze Liste kommen. Der Bundesrat hat deshalb eilends beschlossen, die Voraussetzungen für die Amtshilfe zu lockern. Konkret geht es darum, dass ausländische Steuerfahnder künftig nicht mehr zwingend den Namen des mutmasslichen Steuerbürgers und der Bank nennen müssen. Es reicht eine gleichwertige Identifikation, wie beispielsweise die Sozialversicherungsnummer.

**«Nach bestem Wissen»**

Irritierend ist allerdings, dass der Bundesrat erst vor ein paar Wochen reagiert hat. Dabei hätte er bereits im März 2010 wissen müssen, dass die Schweiz die OECD-Standards in den Doppelbesteuerungsabkommen zu eng umsetzt. Damals haben sich die OECD-Länder – inklusive der Schweiz – auf eine einheitliche Praxis verständigt.

Dies bestätigt auch der dänische Unterhändler Ivar Nordland. «Wir haben uns darauf geeinigt, dass die Identifikation auch ohne Namen und Adresse geschehen kann.» Dies sei also von Beginn weg bekannt gewesen, aber nicht korrekt interpretiert worden. «Dänemark hat hier Fehler gemacht, aber auch eine Reihe anderer Länder», sagt Nordland. Dazu gehört die Schweiz, die mit mehr als 30 Staaten Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat, die bereits wieder geändert werden müssen.

Nordland betont, sowohl er selbst wie auch die Schweiz hätten nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. «Als ich den Vertrag aushandelte, ging ich davon aus, dass diese Umsetzung richtig war.» Nordland erinnert sich auch nicht an Diskussionen innerhalb der OECD zu diesem spezifischen Punkt. Seine Aussagen entlasten Alt-Bundesrat Hans-Rudolf Merz. Ihm wurde vorgeworfen, er habe bewusst einen Konflikt mit den OECD-Regeln in Kauf genommen.

## Nachrichten

### Tag der Frau Gewerkschaften rufen zum Streik auf

Die Gleichstellung der Frau ist in der Schweiz noch nicht erreicht – trotz Verfassungsartikel und Gesetz. Und sie ist in den letzten Jahren auch nur schleppend vorangekommen. In der Lohngleichstellung gebe es sogar Rückschritte, kritisierte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) am Tag der Frau – und ruft zum Streik auf. Die im SGB zusammengeschlos-



Gestern auf dem Bundesplatz. KEY

senen 16 Einzelgewerkschaften trommeln für den 14. Juni zu einem nationalen Aktions- und Streiktag unter dem Motto: «Achtung, Fertig. Frauen los!» (SDA)

### Steuern Tessiner fordert Sanktionen gegen Italien

Mit Steueranreizen will Italien seinem Braindrain, dem Abgang seiner klugen Köpfe, entgegenwirken. Das Gesetz gilt nur für EU-Bürger und diskriminiert so Schweizerinnen und Schweizer. Nationalrat Ignazio Casis fordert deshalb, dass Sanktionen gegen Italien geprüft werden. Mit über 40 000 italienischen Grenzgängern, die im Kanton Tessin arbeiteten, habe die Schweiz ein starkes Druckmittel, sagte der Tessiner FDP-Nationalrat. (SDA)

### SP Motion für Massnahmen gegen Steuerausfälle

Die SP befürchtet, dass die Unternehmenssteuerreform II zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe führt. Sie wirft dem Bundesrat vor, im Abstimmungskampf viel zu tiefe Zahlen genannt zu haben. Nun verlangt die Bundeshausfraktion der SP dringende Korrekturen. Sie hat eine entsprechende Motion vorgestellt. Zudem fordert sie eine ausserordentliche Session zu dem Thema, wie die SP in einem Communiqué schreibt. Es brauche sofort Massnahmen. (SDA)

### Masern 10-mal mehr Erkrankungen als 2010

Seit Anfang Jahr sind in der Schweiz 114 Fälle von Masern gemeldet worden – gegenüber 12 zwischen dem 1. Januar und Mitte März im Jahr 2010. Besonders betroffen sind die Städte Genf und Basel. Im Kanton Genf wurden seit Jahresbeginn 41 Fälle registriert, 46 Fälle in den beiden Basel und 16 Fälle im Kanton Waadt, wie Jean-Louis Zurcher, Sprecher des Bundesamts für Gesundheit (BAG), zu einer Meldung des «Quotidien Jurassien» sagte. (SDA)